

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 23. März 2017

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion**34 2016.RRGR.769 Postulat 152-2016 Aebersold (Bern, SP)
Kasernenareal Bern: Wieso wird das brachliegende Potential nicht besser genutzt?**

Vorstoss-Nr.: 152-2016
Vorstossart: Postulat
Eingereicht am: 18.08.2016
Eingereicht von: Aebersold (Bern, SP) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften: 0
RRB-Nr.: 93/2017 vom 01. Februar 2017
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Kasernenareal Bern: Wieso wird das brachliegende Potential nicht besser genutzt?

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern zu prüfen und Bericht zu erstatten, welches städtebauliche Potential der Perimeter des Kasernenareals zukünftig fürs Wohnen sowie eine Nutzung für Gewerbe und Kultur haben kann – vorwiegend ohne militärische Nutzung
2. in Verhandlungen mit dem Bund den bestehenden Waffenplatzvertrag anzupassen, sodass eine Nutzung gemäss Ziffer 1 rasch möglich wird

Begründung:

2007 sorgte ein Projekt unter dem Namen «Quan Terra» für medialen und politischen Aufruhr. Auf dem Kasernenareal-Perimeter in Bern (begrenzt durch Papiermühle-, Militär-, Beundenfeld- und Kasernenstrasse) sollte ein «City-Ressort» mit Wellnesshotel, Wohnen und Kultur entstehen. Die Planung erfolgte durch den Kanton. Der Gemeinderat sprach sich aus städtebaulichen, freiraumplanerischen und denkmalpflegerischen Gründen gegen das überladene Projekt aus. Er signalisierte aber Bereitschaft für eine sinnvolle Nutzung des Areals. Gescheitert ist das Projekt nicht zuletzt wegen den unterschiedlichen Vorstellungen von Stadt und Kanton Bern zur Weiterentwicklung des Areals. Dies ist fatal, gilt es doch, die Stadt als Wirtschaftsmotor für den ganzen Kanton weiterzuentwickeln und zu stärken.

Seither ist fast ein Jahrzehnt vergangen. Nach dem Motto «gäng wie gäng» ist das Kasernenareal immer noch wirtschaftliches und wohnbaupolitisches Brachland. Ein ernsthafter Dialog zwischen Kanton, Stadt und Bund hat – zumindest öffentlich wahrnehmbar - nicht stattgefunden, und die Weiterentwicklung ist heute weder beim Kanton noch bei der Stadt Bern ein Thema. Zu Unrecht. Denn entlang der Militärstrasse könnten attraktive genossenschaftliche Wohnungen entstehen, auf dem Zeughausareal wäre eine Nutzung für Gewerbe sowie Kultur gut denkbar und die vom Zaun befreite Kasernenwiese würde zum attraktiven Quartierpark. Voraussetzung ist, dass die zukünftige Stellung des Waffenplatzes Bern umdefiniert und der Waffenplatzvertrag mit dem Bund aufgelöst werden. Damit die Umnutzung die nötige Akzeptanz erlangt, müssen die Bevölkerung und insbesondere die Quartierkommission in die Projektentwicklung einbezogen werden.

Antwort des Regierungsrats

In Beantwortung der Interpellation 346-2009 Hofmann hat der Regierungsrat letztmals umfassend die Situation auf dem Kasernenareal in Bern dargestellt. Heute ist es unverändert so, dass das Kasernenareal prioritär durch die Armee genutzt wird. Gleichzeitig steht das Areal der Öffentlichkeit für viele Freizeitnutzungen offen und gilt als der am besten zugängliche Waffenplatz der Schweiz. Das Areal wird auch anderweitig zivil genutzt, insbesondere durch die Hochschule der Künste Bern

(HKB) im Bereich der ehemaligen Stallungen.

Mit Regierungsratsbeschluss vom 22. September 1999 wurde ein Waffenplatzvertrag zwischen dem Kanton Bern und dem Bund genehmigt, der mindestens bis zum 31. Dezember 2028 gilt. Der Bund hat zudem bis zum 31. Dezember 2023 die Möglichkeit, die Vertragsdauer einmalig um 20 Jahre, d. h. bis zum 31. Dezember 2048, zu verlängern. Im Rahmen der Überarbeitung des Stationierungskonzeptes der Schweizer Armee wurde der Waffenplatz Bern im Jahr 2013 ebenso bestätigt, wie im aktuellen Sachplan Militär, der zurzeit in der Vernehmlassung ist. Es kann daher nicht davon ausgegangen werden, dass das Kasernenareal kurz- bis mittelfristig für eine vorwiegend nicht militärische Nutzung zur Verfügung stehen und der Bund Hand bieten wird zu einer entsprechenden Anpassung des Waffenplatzvertrags.

Nichtsdestoweniger hat sich der Kanton intensiv mit dem Potenzial des Kasernenareals auseinandergesetzt – insbesondere auch in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Bern – und die Ziele sind in den Richtplan ESP Wankdorf eingeflossen. Das Kasernenareal wird, als Teil des ESP Wankdorf, ein wichtiges Thema innerhalb des kantonalen Programms der wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (ESP-Programm) bleiben. Im Sinne einer Fortsetzung dieser Arbeiten befürwortet der Regierungsrat die Annahme von Ziffer 1 des Postulats, während Ziffer 2 wegen der erst kürzlich erfolgten Bestätigung des Waffenplatzes Bern abgelehnt wird.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1: Annahme

Ziffer 2: Ablehnung

Präsident. Das vorliegende Postulat des ehemaligen Grossrats Aebersold wird durch Grossrat Jordi vertreten. Der Regierungsrat nimmt Ziffer 1 an und lehnt Ziffer 2 ab.

Stefan Jordi, Bern (SP). In diesem Vorstoss geht es darum, das Kasernenareal weiterzuentwickeln – eine Idee, die schon seit Jahren besteht. Sie kennen die Situation in städtischen Gebieten und insbesondere in Bern: Die Anzahl der leeren Wohnungen ist klein, und es herrscht eine so genannte Wohnungsnot. In der Stadt Bern gibt es ein Missverhältnis zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen. Es besteht ein hoher Bedarf an Wohnungen, insbesondere an Wohnungen für Familien und Leute mit bescheidenem Einkommen. Kurz: Wir sind in der Stadt Bern, aber auch in der Region Bern gefordert, mehr Wohnraum zu schaffen. Mehr Wohnraum kann man schaffen, indem man im bestehenden Siedlungsgebiet verdichtet baut, oder indem man auf der so genannten grünen Wiese neuen Wohnraum schafft, wie das in den nächsten Jahren im Vierer- und Mittelfeld der Fall sein wird.

Eine gute Chance für verdichtetes Bauen würde das Kasernenareal bieten, der Waffenplatz Bern, wie es im Fachjargon heisst. Diese Idee besteht schon lange. Sie wird auch von allen staatlichen Ebenen – Bund, Kanton und Stadt – gefördert. Schaut man genau hin, stellt man fest, dass es nicht wirklich vorwärts gehen kann. Aus unserer Sicht sollte der Kanton hier aktiver vorgehen. Er sollte dem Bund gegenüber aktiver auftreten und diesem seine Forderungen kundtun. Daher möchte unsere Fraktion im Gegensatz zum Regierungsrat an Ziffer 2 festhalten. Der Waffenplatzvertrag gilt bis 2028 mit der Möglichkeit einer Verlängerung bis 2048. Wir sind der Meinung, der Druck sollte hochgehalten werden.

Der Kanton muss einen mutigeren Kurs fahren. Momentan sind seine Äusserungen etwas zu unklar. Er weist zwar immer auf das Potenzial des Areals hin, führt sogleich jedoch Sachzwänge auf, welche die Nutzung des Potenzials verunmöglichen. Er verweist auf den Waffenplatzvertrag, der 1999 zwischen Bund und Kanton ausgehandelt wurde und über mehrere Jahre gültig ist. Man könnte aber auch über eine Teilnutzung sprechen, selbst wenn ein solcher Vertrag besteht. Das heisst ja nicht, dass man gar nichts machen kann auf dem Areal. Man könnte beispielsweise die sehr schwach genutzten Freiflächen zusammen mit dem Bund beplanen. Aus diesem Grund muss der Kanton seinen Kurs verschärfen.

Der Bund muss erkennen, dass Stadt und Kanton Bern ein Interesse an diesem Gebiet haben. Der Bund ist in die Verantwortung zu nehmen. Er soll mithelfen, die Probleme in Siedlungsgebieten mit zu wenig Wohnraum anzugehen. Im Entwurf zum Sachplan Militär, der bis Ende Januar in der Vernehmlassung war, wird erwähnt, die Schliessung der beiden Waffenplatzstandorte Freiburg und Genf stehe in einem Zusammenhang mit der Stadtentwicklung. Das VBS anerkennt somit Siedlungsdruck seitens der Städte oder Kantone durchaus. Das war mit ein Grund für die Schliessung dieser Plätze. Es wäre möglich, dass der Bund auch hinsichtlich Bern einsichtig würde und den Waffenplatz langfristig einer anderen Nutzung zuführt.

Interessant war auch die Stellungnahme des Kantons zum Sachplan Militär. Der Kanton hätte pointierter auftreten können. Er führt auf, der Bund solle eine anderweitige wirtschaftliche Nutzung prüfen. Da der Bund viele neue Arbeitsplätze schafft, ist er auch gefordert, den notwendigen Wohnraum in der Nähe zu schaffen. Damit könnte auch das Pendlerproblem angegangen werden. Ich bitte Sie daher entgegen dem Regierungsrat, an Ziffer 2 festzuhalten. Ich bin froh, dass der Regierungsrat Ziffer 1 überweisen will.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Der Regierungsrat beantragt Annahme von Ziffer 1 des Postulats. Die BDP ist nicht gleicher Meinung. Warum lehnen wir mehrheitlich auch Ziffer 1 des Postulats ab? Der Vertrag zwischen Bund und Kanton läuft noch bis 2028, mit Verlängerungsmöglichkeit bis 2048. Das ist eine Tatsache. Wir sind bestimmt nicht diejenigen, die städtebauliche Entwicklungen bremsen. Aber für uns ist ein Vertrag immer noch ein Vertrag. Die BDP steht zum Schweizer Militär. Wir sehen keinen Grund und keine zeitliche Not, dass der Regierungsrat zusammen mit der Stadt teure Berichte erarbeiten sollte, um bereits jetzt Nutzungsvorschläge zu machen. Die Vermutung liegt nahe, dass mit solchen Berichten der Druck erhöht werden soll. Es soll Druck aufgebaut werden, um das Militär aus diesem Gebiet zu vertreiben. Immerhin geht es auch noch um Arbeitsplätze, die wir gerne in Bern behalten möchten. Es kann ja auch nicht sein, dass sämtliche militärischen Arbeitsplätze ins Wallis verlegt werden.

Uns stört in Ziffer 1 der Passus «... vorwiegend ohne militärische Nutzung». Wir gewinnen einfach den Eindruck, dieser Satz sei sehr ideologisch gefärbt. Ich darf das nun auch sagen, denn der Postulant ist nicht mehr Ratsmitglied. Für uns ist das Areal auch ein wenig ein Filetstück. Und wir haben gegenwärtig genug anderweitige Projekte am Laufen, ohne uns um Berichte zu kümmern, die erst in 10 oder 30 Jahren relevant werden. Eine persönliche Anmerkung: Ich möchte erst einmal sehen, was wir im Viererfeld zustande bringen, bevor wir bereits wieder Neues anstossen. Im Übrigen ist das Areal bereits jetzt Teil des Entwicklungsschwerpunkts Wankdorf. Wir möchten als Parlamentarier keine zusätzlichen Berichte bestellen, die uns jeweils teuer zu stehen kommen. Ich bitte Sie daher, das gesamte Postulat abzulehnen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Hier geht es um ein Postulat. Es ist wichtig, das zu berücksichtigen. Um auf das Votum meines Vorredners zurückzukommen: Es ist keine Grundsatzdiskussion, ob das Militär in der Schweiz abgeschafft werden soll oder nicht. Es geht um ein städtebaulich wichtiges Areal in der Stadt Bern, das sich mitten in einem Wohnquartier befindet. So gesehen hat es das Potenzial für eine Umnutzung in einer städteverträglichen Perspektive. Ich bitte daher diejenigen, die selbst Ziffer 1 des Postulats ablehnen wollen, sich das nochmals genau zu überlegen. Man will mit einer langfristigen Perspektive darauf hinarbeiten, das Areal anders nutzen zu können. Sind Städte von Wohnungsnot betroffen, so ist es wahrscheinlich nicht das Optimalste, einen Waffenplatz mitten in einem grossen Wohnquartier zu führen. Ich hoffe, auch bürgerliche Kreise seien da gleicher Meinung. Das heisst nicht, dass man nicht an einem andern Ort weiterhin militärische Aktivitäten ausführen kann. Das Areal gehört dem Kanton Bern. Es ist keine glückliche Entwicklung, dass man hier Verträge bis ins Jahr 2048 gewährt hat. Man kann nun nicht hinter das zurückgehen, was man im Jahr 1999 beschlossen hat. Ich war der Meinung, solch langfristige Verträge gebe es nur bei den Kirchen. Aber anscheinend gibt es in diesem Land das, was es bei den Kirchen gibt, auch beim Militär. Es ist wichtig, hier beide Ziffern zu unterstützen. Die grüne Fraktion tut das. Uns ist es ein Anliegen, dass es ein Signal gibt, sodass der Kanton verhandeln kann. Damit meinen wir nicht, dass Verträge nicht eingehalten werden sollen. Er soll darauf hinarbeiten, hier Perspektiven zu entwickeln, die Bedeutung des Areals aufzuzeigen. Die grüne Fraktion unterstützt beide Ziffern des Postulats mit Überzeugung.

Michael Köpfli, Bern (glp). Wir verstehen diesen Vorstoss nicht als armeefeindlich. Es geht darum, ob mitten im Wohnquartier Breitenrain eine Kaserne oder ein Waffenplatz heute noch am richtigen Ort ist oder nicht. Wir sind überzeugt, dass dies aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll ist. Es handelt sich um ein ideales Entwicklungsgebiet für Wohnraum oder Bildungseinrichtungen. Wir sprechen immer wieder darüber, dass wir zu wenige Standorte für Hochschulen oder Fachhochschulen haben. Ulrich Stähli sagt, man müsse die Arbeitsplätze im Kanton Bern behalten. Damit bin ich einverstanden. Es gibt jedoch gute Argumente, warum das nicht an diesem Standort sein muss. Die Stadt Bern hat bereits heute viel mehr Arbeitsplätze als Einwohner. Viele Leute pendeln in die Stadt. Es gäbe andere Standorte im Kanton Bern, die für so einen Waffenplatz viel geeigneter wären. Wir unterstützen beide Ziffern des Postulats. Ich war während sechs Jahren Mitglied des Ber-

ner Stadtparlaments. Das war immer wieder ein Thema, und es wurde jeweils gesagt, man wolle schon, aber der Kanton wolle nicht. Nun heisst es, man wolle eigentlich schon, aber da sei der Bund. Wenn man das auf Bundesebene einreichen würde, hiesse es, das könne nicht auf Bundesebene entschieden werden, das müssten Stadt und Kanton machen. Daher kommt man seit Jahrzehnten nicht weiter. Und deshalb ist Ziffer 2 sehr wichtig. Es geht darin explizit nicht darum, irgendwelche Verträge zu brechen, sondern Lösungen zu suchen – mit dem Bund und sicherlich auch mit der Armee –, wie man den Vertrag einvernehmlich früher beenden könnte. Wir stimmen daher überzeugt beiden Ziffern des Postulats zu.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Wir haben es gehört: Das vorliegende Postulat will, dass der Kanton die Zusammenarbeit mit der Stadt in Bezug auf die Entwicklung des Kasernenareals prüfen und anschliessend Bericht erstatten soll. Die FDP ist nicht bekannt dafür, dass sie Berichte fordert. In dieser Sache haben ja bereits vor 10 Jahren Versuche stattgefunden. Das Projekt war leider überladen und ist an den unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten gescheitert. Das Areal ist recht gross. Aus Sicht der FDP ist dessen Weiterentwicklung von wesentlicher städtebaulicher Bedeutung. Es stellt sich daher die Frage, wie im Postulat erwähnt, welches Potenzial in Bezug auf Wohnen und gewerbliche Nutzung in diesem Areal liegt.

In der Antwort der Regierung ist ersichtlich, dass bereits sehr viel in dieser Richtung unternommen wird. Die Ziele sind in den Richtplan ESP Wankdorf eingeflossen. Wir unterstützen diese Stossrichtung. Wir wollen, dass der Kanton hier dranbleibt. Die FDP-Fraktion wird daher wie die Regierung Ziffer 1 annehmen. Der Ziffer 2, wonach sofort mit dem Bund über den bestehenden Vertrag verhandelt werden soll, stehen wir kritisch gegenüber. Wir lehnen sie ab. Die Regierung zeigt für uns schlüssig auf, auf welchen Laufzeiten der Vertrag heute basiert. Aus heutiger Sicht kann davon ausgegangen werden, dass das Kasernenareal weiterhin von der Armee genutzt wird. Aus diesem Grund lehnt die FDP Ziffer 2 ab.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP). Mein Vorredner hat alles so gesagt, wie ich es getan hätte. Die SVP ist gleicher Meinung. Ziffer 1 dieses Postulats kann überwiesen werden. Wenn die Regierung Hand bietet und mit der Stadt in die Verhandlungen treten will, so unterstützen wir das. Ziffer 2 lehnt die SVP ebenfalls ab. Denn der Waffenplatz ist noch in Bern und gehört, so meine ich, auch noch nach Bern. Wenn er dereinst nicht mehr in Bern sein soll, so werden die Thuner auch nicht abgeneigt sein. Sie haben Potenzial, auch für die Arbeitsplätze. Und in der Nähe des Oberlandes sieht man das gern. Wie die Regierung nimmt die SVP Ziffer 1 des Postulats an und lehnt Ziffer 2 ab.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Die EVP-Fraktion teilt das Anliegen des Vorstosses grundsätzlich. Der Stadt Bern geht es gleich wie vielen anderen Städten mit Kasernen oder militärischen Einrichtungen an bester Lage. Es handelt sich um gewachsene Strukturen, die aus einer Zeit stammen, in welcher die Kirche, respektive die Kanonen, noch mitten im Dorf standen. Heute stehen diese Einrichtungen vielfach den städtebaulich notwendigen Entwicklungen im Weg. Es ist daher richtig, die Diskussion mit dem Vorstoss anzustossen. Das unterstützen wir. Beim Geschäft zum Angebotsbeschluss haben wir mehrfach gehört, dass gegenüber dem Bund ein klares Signal gesetzt werden soll. In diesem Sinn werden wir den Vorstoss wie von der Regierung beantragt unterstützen. Die Ziffer 2 haben wir nüchtern und ohne ideologische Brille angeschaut. Dort geht es einfach um eine vertraglich gebundene Situation, die wir etwas höher gewichten als die Forderung des Postulats. Wäre das Militär eine privatwirtschaftliche Unternehmung, würde der Weg zu einer Veränderung auch nicht über einen kantonalen Vorstoss führen. Der Weg würde eher über direkte Verhandlungen zwischen dem Stadtpräsidenten und der Firmenleitung basieren. Würde dies nicht fruchten, ginge man eine Stufe höher zum Verwaltungsrat. Im Falle des VBS würde das eben heissen, dass man ans nationale Parlament gelangt. Dort müsste man eine Mehrheit erreichen. Man müsste einen Vorstoss einreichen, der die städtebaulichen Filetstücke in den Fokus nimmt, um eine Optimierung zu erreichen.

David Samuel Stämpfli, Bern (SP). Ich danke für die vielen positiven Voten. Gerne möchte ich auf die negativen Punkte eingehen, die vorgebracht wurden. Vor drei, vier Jahren hat die Armee entschieden, welche Standorte sie aufgeben will. Es waren dies insbesondere Standorte im urbanen Bereich. Die Zeitungen haben damals getitelt: «Das Militär zieht sich aus den Städten zurück.» Leider ist das nicht überall geschehen. Vollzogen wurde das in Freiburg, La Poya. Ich kenne diese Kaserne sehr gut, denn ich habe dort die Rekrutenschule absolviert. Eine Klammerbemerkung: Es

gibt auch Linke, die in die RS gehen. Die Kaserne Bern wurde damals leider als Waffenplatz bestätigt. Aus unserer Sicht ist das eine verpasste Chance. Das Militär nutzt den Waffenplatz in Bern, gemessen an seiner Grösse, nicht so intensiv, wie es möglich wäre. Es wäre durchaus eine grosse Chance, wenn sich das Militär von diesem Waffenplatz zurückziehen würde und man dort stattdessen wohnen, zur Schule gehen oder gewerblich tätig sein könnte.

Heute haben wir den Angebotsbeschluss verabschiedet. Unter anderem haben wir gehört, wie viel in diesem Kanton gependelt wird. Morgens und abends pendeln sehr viele Leute mit dem ÖV oder mit dem Auto in die Stadt hinein, respektive aus der Stadt heraus. Das liegt daran, dass viel mehr Leute in der Stadt Bern arbeiten denn wohnen. Es mangelt an Wohnraum. Hier geht um einen Ort im urbanen Zentrum, an dem man verdichten könnte. Das sollte man nicht an Orten tun, die eher schlecht erschlossen sind, sondern da, wo alles bereits vorhanden ist, wo es ÖV-Linien und Parkplätze hat.

Eine Mehrheit kann Ziffer 1 offenbar unterstützen. Das ist sehr erfreulich, aber damit ist es nicht getan. Nimmt der Kanton mit der Stadt Bern Verhandlungen bezüglich Kasernenareal auf, so rennt er dort offene Türen ein. Die Stadt Bern ist bestimmt sehr daran interessiert, einen grossen Teil der Kaserne einer anderen Entwicklung zuzuführen, nämlich dem Wohnen. Damit ist es aber nicht getan, denn der Bund, beziehungsweise das Militär müsste ja auch das Okay geben. Es ist so: Es gibt einen Vertrag, der sogar noch eine Verlängerung bis 2048 ermöglicht. So gesehen wäre das ziemlich chancenlos. Es wäre aber schade, würden wir nun bis 2048 warten. Im Sinne einer vorausschauenden Planung wäre es sinnvoll, dass der Kanton jetzt auf den Bund und das Militär zugeht und sagt: «Schaut, wir wären sehr interessiert. Wir möchten den Ort weiterentwickeln und hätten dort gerne Wohnraum an zentraler Lage. Wäre es nicht möglich, dass ihr das überdenken würdet?» Ich denke, bis 2023 ist gesetzt, aber für die zweite Phase bis 2048 sollte ein Verzicht des Militärs auf den Platz erwogen werden. Geht der Kanton jetzt gemäss Ziffer 2 des Postulats auf den Bund, auf das Militär zu, so könnte man genau über diesen Punkt sprechen und den Bund bitten, auf die Option der Verlängerung zu verzichten. Denn es wäre durchaus sinnvoll, dort Wohnraum oder allenfalls auch Gewerbe zu entwickeln. Im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion möchte ich Sie also bitten, nicht nur Ziffer 1, sondern auch Ziffer 2 des Postulats zu unterstützen. Zur Beruhigung an die BDP: Nein, das ist sicher nicht ideologisch gegen das Militär gedacht. Das Militär soll seinen Platz unbedingt haben. Die Frage ist eher, wo das sinnvoll ist. Im Zentrum einer Stadt, in einem Wohnquartier, ist diese Nutzung wohl nicht unbedingt die sinnvollste.

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Wehret den Anfängen, kann man sagen. Der Vorstoss hat einen einzigen Vorteil, nämlich dass der Bund nicht vergisst, seine Option auf Verlängerung bis 2048 möglichst rasch auszulösen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass man diesen Entscheid möglichst früh hat, dann erübrigt sich das nämlich. Es ist kein Zufall, dass hier «vorwiegend ohne militärische Nutzung» steht. Schaut man, wer den Vorstoss unterzeichnet hat und wer hier gesprochen hat, so ist doch ganz klar, dass man die Armee weg haben will. Darum wurde in der Stadt Bern auch ein Vorstoss angenommen, wonach auf Stadtgebiet nicht mehr mit Militärlastwagen gefahren werden soll. Das ist etwas völlig Absurdes, das vielleicht noch Frau Imboden verstehen kann. Aber alle ändern nicht, ausser die Parlamentarier der Stadt Bern. Daher wird das Kasernenareal einmal das einzige Gebiet sein, wo sich die Bürgerlichen noch treffen können, wenn sie einen Anlass organisieren wollen, wenn etwa die AUNS ihre Versammlung abhalten oder die SVP ihre 100-Jahr-Feier durchführen will. Das Kasernenareal wird das einzige Gebiet sein, das noch nicht rotgrün dominiert ist und wo die Rotgrünen ihre Finger noch nicht drauf haben. Die Rotgrünen wollen ihre Finger überall drauf haben. Sie möchten am liebsten auch das Polizeigebäude auf dem Waisenhausplatz übernehmen. Sie möchten dort am liebsten Zeltstädte aufstellen, sie möchten den Stadtnomaden die Möglichkeit geben, dort auch noch drei oder neuerdings sechs Monate zu bleiben. Darum muss man den Vorstoss in allen Punkten ablehnen. Sagen Sie nein zu diesem Quatsch, sonst wird das rotgrüne Gebiet, und dann bringen wir das nicht mehr weg.

Luc Mentha, Köniz (SP). Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber die Polemik von Thomas Fuchs ist jenseits, das muss ich hier einfach sagen. Im Zusammenhang mit dem Richtplan haben wir uns grossmehrheitlich darauf geeinigt, dass wir die Siedlung nach innen entwickeln wollen. Das haben wir gemacht, gestützt auf Vorstösse, die auch aus dem ländlichen Teil des Kantons gekommen sind. Man hat gesagt, man wolle die landwirtschaftlichen Flächen schützen, man wolle das Land so sparsam wie möglich beanspruchen. Man will die Siedlungsentwicklung so gestalten, dass sie für den Staat Bern in Bezug auf Infrastruktur so abgewickelt werden kann, dass die Kostenfolgen ver-

nünftig sind. Man will eben keine Entwicklung in die Fläche.

Das Areal im Zentrum der Stadt Bern hat doch überhaupt nichts mit rotgrün zu tun. Es geht darum, dass es sich an einem Ort befindet, der für die Siedlungsentwicklung nach innen prädestiniert ist. Natürlich muss man für das Militär Lösungen finden, natürlich muss man mit ihnen sprechen. Ich fände es gut, wenn der Grosse Rat ein Signal für solche Abklärungen und Verhandlungen senden würde. Sei es, dass diese vom Kanton ausgehen, sei es, dass diese vom Stadtpräsidenten ausgehen. Man sollte versuchen, zumindest für Teile dieses grossen Areals, das nach unserer Auffassung ein wenig unternutzt ist für militärische Bedürfnisse, nach andern Lösungen zu suchen. Dann könnte man in der Stadt Bern ein Gebiet baulich entwickeln, Siedlungen und Gewerberäume und vielleicht auch andere Arbeitsplätze schaffen. Thomas Fuchs hat daraus eine Polemik gemacht. Das kann uns ja nicht leiten bei einem Entscheid über einen vernünftigen Vorstoss.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Ich kann nicht viel Neues dazu sagen, als das, was wir bereits in der Antwort des Regierungsrats geschrieben haben. Es ist nicht so, dass wir nichts gemacht und uns mit dem Areal nicht befasst hätten. Wir befassen uns seit Jahren immer wieder mit diesem Areal. Wir sind uns dieses Potenzials bewusst. Daher ist es auch im Richtplan ESP enthalten. In diesem Zusammenhang befassen wir uns immer wieder mit diesem Areal. Es ist nicht so, dass der Kanton in dieser Sache der Hemmschuh war und die Stadt Bern dort schon lange etwas machen möchte. Wir hatten ein gutes und innovatives Projekt, das absolut verdichtet gewesen wäre – ein Projekt, das man sich heute wünschen würde. Die Stadt Bern hat sich das nicht gewünscht. Sie wollte das nicht und hat das damals abgelehnt. Aus diesem Grund ist das Ganze für uns etwas in den Hintergrund gerückt. Wir können ja nicht entgegen der Stadt Bern irgendetwas erzwingen. Das Projekt ist für uns in den Hintergrund gerückt und hat nicht mehr erste Priorität, sondern wir setzen uns nun im Rahmen des ESP damit auseinander. Aber wir bleiben dran, und in diesem Sinne bitte ich Sie, der Ziffer 1 zuzustimmen.

Ziffer 2 hingegen bitte ich Sie abzulehnen. An diejenigen, die sich vielleicht vorstellen, auf dem Kasernenareal in Bern werde geschossen, und es würden Panzer rollen, so wie in Thun: Das ist überhaupt nicht so. Im Gegenteil, dort spielt die Militärmusik. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen: Manchmal gehe ich wahnsinnig gerne auf das Areal, auch wenn ich rot bin, Herr Grossrat Fuchs, und ich hoffe, ich dürfe das auch weiterhin tun, weil dort nämlich die Militärmusik übt. Und das ist wirklich sehr schön.

Stefan Jordi, Bern (SP). Zum Projekt «Quan Terra». Ich denke, der Kanton sieht mittlerweile selbst ein, dass das Projekt halt in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern hätte entwickelt werden sollen. Der Kanton kann nicht einfach kommen und seine Vorstellungen präsentieren. Es wäre auch eine Teilnutzung möglich. Es ist nicht so, dass wir das Militär dort weghaben wollen. Das Areal ist riesig. Es gibt noch weitere unternutzte Flächen im ESP Wankdorf. Eine Teilnutzung wäre daher möglich. Vor Ort stellt man fest, dass dort relativ wenig passiert. Das Militär hat sich bereits geöffnet, Thomas Fuchs. Die Fachhochschule Musik ist dort angesiedelt. Die Wählerinnen und Wähler der Stadt Bern sind auf der Wiese bereits fleissig dabei, den Frühling zu geniessen. Eine Öffnung hat also bereits stattgefunden, aber es sollte noch weitergehen, indem man das Areal besser nutzt.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung und stimmen zuerst über Ziffer 1 ab.

Abstimmung (Ziff. 1 des Postulats)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 93

Nein 45

Enthalten 2

Präsident. Sie haben Ziffer 1 des Postulats angenommen. Nun stimmen wir über Ziffer 2 ab.

Abstimmung (Ziff. 2 des Postulats)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	58
Nein	81
Enthalten	3

Präsident. Sie haben Ziffer 2 des Postulats abgelehnt.